

**Satellitenveranstaltung „Zusammen wachsen! – Unterstützung integrierter kommunaler Strategien für ein gesundes Aufwachsen “
zum Kongress „Armut und Gesundheit“
am 12.03.2014**

**Zusammenfassende Mitschrift Workshop I
„Kein Kind zurücklassen!“: Ein Modellvorhaben für ein gelingendes Aufwachsen“**

- Referent/innen:** Dr. Ronny Wölbing, Prognos AG
Martina Hermann-Biert, Jugendamt der Stadt Dormagen
Dr. Johannes D. Schütte, Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen!“
- Moderation:** Silke Meyer, Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung

Einführung:

„Kein Kind zurücklassen!“ ist das derzeit ambitionierteste Programm in Deutschland, in dem von der Landesebene aus die Koordinationsarbeit zur Prävention in Kommunen unterstützt wird. Es geht darum, alle Angebote der Bereiche Gesundheit, Bildung, Kinder- und Jugendhilfe und Soziales in der Kommune miteinander zu verknüpfen, um Kinder und ihre Familien lückenlos von der Schwangerschaft bis zum Eintritt ins Berufsleben zu unterstützen.

Ziele des Workshops:

- Einblick in den ökonomischen Begründungszusammenhang für das Landesprogramm
- Hervorhebung erster Ergebnisse der Aktivitäten in den teilnehmenden Kommunen
- Verständnis der politischen Strategie und des erwarteten Nutzens des Programms
- Kenntnis der Aufgaben der tragenden und koordinierenden Partner des Programms

Vortrag „Warum sich Prävention lohnt: Bilanzierung der sozialen Folgekosten am Beispiel Nordrhein-Westfalen (Dr. Ronny Wölbing, Prognos AG)

Im Vortrag stellte Dr. Ronny Wölbing die Erkenntnisse des Gutachtens der Prognos AG zur Berechnung der sozialen Folgekosten ausbleibender Prävention vor, das 2011 durch die Staatskanzlei beauftragt wurde.

Soziale Folgekosten entstehen aufgrund schwieriger Soziallagen beim Aufwachsen von Kindern, wobei diese Kosten durch frühe und wirksame Interventionen weitgehend vermieden werden könnten. Es gibt dabei viele Bezugspunkte zu gesundheitlichen Folgekosten.

Im Gutachten sind die errechneten Folgekosten durch folgende Aspekte gekennzeichnet:

- es wurden sowohl die tertiären Leistungen (zur Verhinderung bzw. Beseitigung von Folgeschäden) als auch reaktiven Leistungen (zur Therapie) einbezogen

- sie entstehen im Rahmen verschiedener Aufgabenbereiche unterschiedlicher Ministerien, sowie innerhalb aller Lebensphasen (z.B. in der Jugendhilfe, der Grundsicherung für Arbeitssuchende oder der Grundsicherung im Alter)
- Fokus auf die direkten Kosten, die in Bereichen entstehen, bei denen mit Maßnahmen interveniert werden kann: z.B. Inobhutnahmen, stationäre Aufenthalte von Kindern oder Kosten im Zusammenhang mit sozial bedingten Krankheiten wie Adipositas
- Die sozialen Folgekosten werden durch verschiedene Akteure getragen

Herr Dr. Wölbing betont, dass hierbei stets die Herausforderung besteht, die verschiedenen Kostenträger ins Boot zu holen, will man durch Prävention und Förderung soziale Folgekosten vermeiden.

Die Berechnung der Folgekosten in NRW hat einige zentrale Erkenntnisse gebracht:

- die meisten Kosten entstehen durch Grundsicherung für Arbeitssuchende (z.B. Hartz IV oder Transferleistungen zwischen Berufs- und Schulausbildung)
- Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe (z.B. für Inobhutnahmen) verursachen die zweitgrößten Kosten
- die Kosten sind sowohl in der Gesamtbilanz als auch in der Jugendbilanz im Betrachtungszeitraum bis 2009 gestiegen
- insgesamt zeigt sich ein Einsparungspotenzial für NRW von ca. 7,9 Mrd. Euro pro Jahr
- durch unzureichende Bildungsabschlüsse ergibt sich noch zusätzliches Einsparungspotenzial

Das Gutachten der Prognos AG mit allen Ergebnissen im Detail finden Sie unter:

www.prognos.com/fileadmin/pdf/aktuelles/2011_03_24_Gutachten_Soziale_Praevention.pdf.

Vortrag „Dormagen beugt vor – Übergänge gemeinsam gestalten“ (Martina Hermann-Biert, Dormagen)

Martina Hermann-Biert stellt in ihrem Vortrag das Modell der Stadt Dormagen vor:

„Dormagen beugt vor – Übergänge gemeinsam gestalten“. Die Stadt blickt auf 30 Jahre Erfahrungen in der Jugendarbeit zurück. Da die Angebote in diesem Bereich von der Zielgruppe nicht angenommen wurden, hat die Stadt ihre Haltung geändert und überlegt, wie Vernetzung besser ablaufen sollte. Dazu wurden Qualitätsstandards eingeführt.

Das Netzwerk für Familien ist Teil der Präventionskette. Darin arbeiten Kommune und freie Träger zusammen. In einem Jahresplan wird festgehalten, wie sich die Akteure für Familien aufstellen und wieviel Geld für die Hilfe (v.a. für die Frühen Hilfen) aufgewendet werden soll. Die Stadt Dormagen hatte im Jahr 2013 Ausgaben für Hilfen zur Erziehung in Höhe von 60 Euro pro Einwohner/in. In vergleichbaren Kommunen wurden bis zu 110 Euro pro Einwohner/in für Hilfen zur Erziehung ausgegeben. Generell gibt es in Dormagen eine enge Vernetzung aller Beteiligten, die mit Kindern arbeiten. So werden zum Beispiel mit allen Beteiligten Kinderschutzfortbildungen durchgeführt. Die Akteure kennen sich und wollen gemeinsam „im Dialog“ arbeiten und Übergänge gestalten. Die Methode des Dialogs ist ein wesentliches Element der Zusammenarbeit mit verschiedensten Akteuren in Dormagen – u.a.

auch der Politik. So wurde beispielsweise im Jugendhilfeausschuss auch eine Zusammenfassung der Politikfelder in einen Fachbereich durchgesetzt. Insgesamt betont Hermann-Biert, dass sie auch in der Politik viel mitreden und die Kommune sich auch ändern muss.

Neben den Institutionellen Übergängen werden auch die Entwicklungsübergänge beim Dormagener Modell berücksichtigt. Je nach Übergang (ÜG) gibt es verschiedene Unterstützungsangebote mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

- ÜG zwischen Schwangerschaft und Geburt:
 - Zentrale Frage hierzu ist, was für Familien getan werden kann, damit sie gute Eltern werden?
 - Betreuungsplatzgarantie für Kinder ab dem 4. Lebensmonat seit 12 Jahren
 - Hausbesuch mit Begrüßungsgeschenk für jedes Neugeborene durch das Jugendamt (→ schafft Zugang zu Familien und verleiht dem Jugendamt ein „Gesicht“)
- ÜG in die Regeleinrichtungen (speziell die Grundschule):
 - Hausbesuche aller Erstklässler/in durch eine/n Lehrer/in seit 3 Jahren (→ Angebot wird gut angenommen, da Eltern einen Eindruck davon bekommen, wie ihr Kind mit der/dem Lehrer/in klarkommt – eine Problematik, die sie häufig beschäftigt)
 - Einführung von Lehrersprechtagen einmal jährlich zum Austausch für die Lehrer/innen
- ÜG von Sekundarstufe I in die Ausbildung/den Beruf:
 - Initiierung des Programmes „Kein Abschluss ohne Anschluss“, bei dem alle relevanten Akteure miteinander vernetzt werden

Insgesamt stößt das Jugendamt in Dormagen auf viel Bereitschaft aller Akteure. Vermutlich, da das Engagement ernsthaft betrieben wird und eine Win-Win-Situation für alle entsteht, bei der die Aufgaben und Probleme gemeinsam bearbeitet werden. Die Akteure sind gewillt ihre Kompetenzen einzubringen und haben Spaß an der Arbeit, was ein entscheidender Motivationsfaktor ist. Auch die Familien in Dormagen sind zufrieden, denn die Problemstellen werden gemeinsam aufgedeckt und geklärt. Die Problembeschreibung erfolgt hier mit den Familien und nicht über sie hinweg. Ein Beweis für den Erfolg des Modells und die gute Vernetzung der Hilfesysteme ist auch der Fakt, dass es kaum noch Inobhutnahmen bei unter 6-Jährigen gibt.

Auf die Nachfrage, wie die Kinderärztinnen und -ärzte mit dem Jugendamt zusammenarbeiten, wurde erklärt, dass zu den regelmäßig stattfindenden Treffen i.d.R. ein Vertreter der Ärzteschaft kommt, dem die Ausfallzeit erstattet wird (auch durch Bundesmittel). Teilweise wird auch das Praxispersonal für diese Treffen geschult und erhält bei Teilnahme einen kleinen finanziellen Ausgleich. Zudem werden Fortbildungspunkte von der Ärztekammer dafür vergeben. Frau Hermann-Biert betont, dass nur mit Freiwilligen gearbeitet wird, denn „Bremser brauchen wir nicht“.

Vortrag „Erfolgsfaktoren und Stolpersteine bei der Gestaltung von

Präventionsketten“ (Dr. Johannes D. Schütte, Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen!“)

Im dritten Vortrag präsentiert Dr. Johannes Schütte die Struktur, die Vorgehensweise und Erfahrungen des Programmes „Kein Kind zurücklassen!“. An dem Modellprogramm sind insgesamt 18 Modellkommunen beteiligt, die durch die Landeskoordinierungsstelle begleitet werden. Die Kommunen sind in einem Lernnetzwerk organisiert. Jede Kommune verfügt über eine/n Netzwerkkoordinator/in, die/der meist aus der Jugendhilfe stammt. Die Netzwerkkoordinator/innen kommen in Lernnetzwerktreffen regelmäßig zu unterschiedlichen Themen zusammen. Bei den themenspezifischen Workshops (Themenclustern) werden zudem transferfähige Produkte erstellt, die von anderen Kommunen übernommen werden können. Um die Versäulung aufbrechen zu können, sollen die Angebote von der Zielgruppe aus gedacht werden. Aspekte wie eine kommunale Koordinierung relevanter Akteure oder die Schaffung kommunal vernetzter Präventionsketten, machen die Projektphilosophie aus und sind letztlich die Erfolgsfaktoren des Programmes. Als eine weitere Gelingensbedingung wird ein top-down-Vorgehen gesehen, bei dem die Grundsatzentscheidungen von „oben“ bzw. „der Spitze“ getroffen werden, ergänzt werden muss dies aber durch einen bottom-up-Prozess. Eine besondere Herausforderung stellen unter anderem die unterschiedlichen Definitionen des Präventionsbegriffes dar, welche zu Missverständnissen in der Praxis führen (können). Eine Hürde können auch Datenschutzaspekte darstellen.

Diskussion und Nachfragen

Ist eine Übertragung des Dormagener Modells in andere Kommunen erfolgt?

Es wurde deutlich, dass eine Eins-zu-eins-(systematische) Übertragung nicht erfolgt, aber auch nicht möglich ist. Lediglich einzelne Aspekte wurden aber übernommen, z.B. die Willkommensbesuche (KIWI) oder der Einbezug von Ehrenamtlichen. Insgesamt geht es darum, zu vermitteln, dass das Jugendamt nicht der „Buhmann“ ist, sondern helfen will. Dies wird aber von jeder Kommune anders umgesetzt. In Dormagen besucht das Jugendamt jede Familie persönlich (Kinderbesuchsdienst und Erstklässlerbesuch). Frau Hermann-Biert stellt heraus, dass das Miteinander wichtig ist, gemeinsam zu entwickeln und zu besprechen, denn jede Kommune hat unterschiedliche Ausgangslagen. Die Koordinierungsstellen bieten dabei Unterstützung.

Beim Lernnetzwerk „Kein Kind zurücklassen!“ erfolgt ein Transfer über die Vorstellung guter Praxis. Dadurch werden Kommunen Anregungen für die eigene kommunale Praxis vermittelt.

Zeigen sich in den Einschulungsuntersuchungen (ESU) Einflüsse durch das Modell in Dormagen?

Bisher gibt es noch keine systematischen Ergebnisse zu möglichen Auswirkungen auf die ESU. Die ESU geben aber Auskunft über Defizite und werden genutzt, um Bedarfe zu erkennen. So zeigt sich, dass weniger Kinder im sonderpädagogischen Förderbedarf (AO-SF)-Verfahren sind, also insgesamt weniger Förderung nötig ist. Zudem sind weniger Kinder in Sonderschulen. Generell dient die Gesundheitsberichterstattung als Grundlage für Veränderungen. 2005 wurde eine Bestandsanalyse durchgeführt, welche Kinder keine Kita

besuchen. Es hat sich gezeigt, dass häufig Kinder aus sozial benachteiligten Familien darunter waren. Daraufhin wurde gemeinsam mit den (Kita-)Leitungen ein Konzept entwickelt und umgesetzt. Mittlerweile besuchen alle 3-Jährigen in Dormagen eine Kita.

Welche Rolle spielen Kinder- und Jugendärzt/innen in der Präventionskette?

Diese Ärztegruppe ein wichtiger Akteur, da der Zugang zu unter drei-Jährigen Kindern zum Teil schwierig sein, insbesondere wenn die Kinder nicht in Regeleinrichtungen (Kita) gehen. In solchen Fällen ist auch die Weiterleitung zu Unterstützungsangeboten erschwert. Kinderärzte können an dieser Stelle den Kontakt zu freien Trägern des Jugendamtes herstellen. In Dormagen ist es beispielsweise so, dass pro Kita ein/e Kinderärzt/in anteilig angestellt ist und die U-Untersuchungen durchführt. Zudem gibt es ein Sprachentwicklungsprogramm für unter drei-Jährige. Es ist wichtig, die Defizite in der Kommune aufzugreifen und Alternativen zu entwickeln, um gleichen Bildungschancen für Alle zu erreichen. Aus dem Publikum (Frau Prof. Kaba-Schönstein) wurde nochmal betont, dass es um mehr als Prävention geht: alle Kinder in Dormagen sollen mitgenommen werden.

Weitere Erkenntnisse aus der Diskussion

- Es wichtig, flächendeckende Angebote für alle anzubieten.
- Zudem wurde die Frage thematisiert, ob Begrifflichkeiten erweitert werden sollten, z.B. dass „Netzwerke“ besser bzw. verständlicher für Familien sein könnten als „Präventionsketten“.